Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Mülsengrund, Kuhschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 33.— Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 99.— Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 1,50 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 4.— Mk. für auswärtige Besteller mit 4,50 Mk. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 9.— Mk., für Auswärtige 10.— Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 202 — Mittwoch, den 30 August 1922 — 72 Jahrgang.

In das hiesige Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 220 die Firma Drechsel & Co in Lichtenstein-Callnberg betr.: In das Handelsgeschäft sind eingetreten die Kaufleute Louis Paul Baunack und Albert Curt Baunack, beide in Lichtenstein-Callnberg, als persönlich haftende Gesellschafter. Die Gesellschaft ist am 1. April 1922 errichtet worden.

2. auf Blatt 409 die offene Handelsgesellschaft in Firma Karl Lasch & Pfeifer in Bernsdorf i. C. und als deren persönlich haftende Gesellschafter der Mühlen- und Gutsbesitzer Karl Bruno Lasch und der Landwirt Arno Emil Pfeifer, beide in Bernsdorf i. C. Die Gesellschaft ist am 1. August 1922 errichtet worden. Angegebener Geschäftszweig: Betrieb einer Mühle.

Amtsgericht Lichtenstein-Callnberg, den 29. Aug. 22.

Wiegestunde für Kinder unter 1 Jahr von P—S findet Donnerstag, den 29. August 1922, nachm. ½3—½4 Uhr im Callnberger Rathaus statt. **Wohlfahrtsamt.**

Kohleneindeckung.

Infolge Abwanderung von Grubenarbeitern ist die Förderung von Steinkohlen erheblich zurückgegangen, Landwirte und Gewerbetreibende können daher b. a. w. mit Steinkohlen nicht versorgt werden.

Zum Ausgleich hat der Reichskohlenkommissar Erleichterungen in dem Bezuge böhmischer Braunkohlen eintreten lassen.

Im Hinblick auf den alljährlich im Herbst eintretenden Wagenmangel, mit dem auch die Herbeischaffung böhmischer Braunkohlen sich schwieriger gestaltet, wird daher den Landwirten und Gewerbetreibenden empfohlen, sich mit dieser Kohle einzudecken. Die nötigen Bezugsscheine sind bei der Bezirkskohlenstelle zu erhalten.

Bezirksverband Glauchau, am 28. Aug. 22.—Ko.—

Kurze wichtige Nachrichten.

* Nach dem Abschluß der Voruntersuchung in der Mordsache Rathenau befinden sich die Akten jetzt in der Reichsanwaltschaft zur Untersuchung der Anklage. Die Akten umfassen 30 Bände.

* Aus Beuthen wird gemeldet: Die anhaltende Teuerung veranlaßte gestern die Belegschaften der Gruben und Hütten, von 11 bis 12 Uhr in einen Proteststreik gegen den Wucher und das Schiebertum einzutreten. Die Arbeitseinstellung bezog sich im Teil auch auf Deutsch-Oberschlesien, in der Hauptsache aber auf die im polnisch gewordenen Oberschlesien gelegenen Gruben und Hütten.

* In dem Orte Lohe bei Breslau kam es bei einem Erntefest zu Tätlichkeiten zwischen privaten Gästen und Arbeitern der Domänen. Die Beteiligten zogen Waffen hervor. Bei den Zusammenstößen wurden zwei Gäste getötet und vier schwer verletzt.

* Am Dienstag früh stieß bei Nikol im Kreise Pleß an abgetretenen Oberschlesien infolge Ueberfahrens des Haltesignals ein Güterzug auf eine Rangiermaschine. Beide Maschinen wurden zerstört und zehn Güterwagen vollkommen zertrümmert. Bis jetzt konnten sechs Tote, und zehn Leicht- bezw. Schwerverletzt geborgen werden.

* Die teilweise Besetzung Oesterreichs durch alliierte Truppen ist wahrscheinlich geworden.

* Die englische Regierung hat als stellvertretenden Delegierten für die Völkerbundstagung eine Frau ernannt. Es ist dies Frau Coombienaut.

* Aus Angora, wo die nationalistische türkische Regierung ihren Sitz hat, wird die Nachricht vom Tode Enver Paschas nunmehr auch amtlich dementiert.

Der deutsche Gegenvorschlag.

Die Haltung der Börse und verschiedene Pressestimmen lassen erkennen, daß man in politischen und Finanzkreisen doch mit der Möglichkeit einer kurzfristigen Bewilligung des Moratoriums für Deutschland rechnet. Ob das nur auf Vermutung beruht oder ob wirkliche Unterlagen dafür vorhanden sind, müssen wir in Ruhe abwarten. Jedenfalls hat sich die Börse mindestens in der letzten Zeit durch ihre übergroße Nervosität, durch ihr fortwährendes Hin- und Herschwanken nicht gerade als der zuverlässige politische Barometer erwiesen, für den man ihn bisher zu halten geneigt war.

Wir fürchten sehr, daß sich die französische Regierung mit Poincaré an der Spitze zu sehr auf die Erpressung wirtschaftlicher und politischer Pfänder festgelegt hat, um in letzter Stunde vor dem heiß ersehnten und schon in nächster Nähe winkenden Ziel der Besetzung des Ruhrgebiets abzugehen. Sollte es doch der Fall sein, so würde man daraus entnehmen können, daß nicht nur England und Italien, sondern vor allen Dingen Amerika einen so starken Druck auf die französischen Staatsmänner ausgeübt hat, daß sie sich der Einwirkung nicht länger mehr entziehen konnten. Darüber wenigstens kann kein Zweifel bestehen, daß sich auch in den Vereinigten Staaten immer mehr die Ueberzeugung nicht nur von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände, sondern auch von der ungeheuren Gefahr, die für die ganze Welt darin enthalten ist, immer stärker durchsetzt. Man braucht die Aeußerungen des verflossenen demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cox nicht zu überschätzen, denn geschlagene Präsidentschaftskandidaten haben nicht nur in Amerika nicht allzu viel zu sagen. Aber auch sein Auftreten hat symptomatische Bedeutung insofern, als Gouverneur Cox immerhin einer der maßgebenden Politiker der Demokratischen Partei ist und in seinen gesamten Aeußerungen sich bewußt im schroffen Gegensatz zu Wilson gestellt hat, der mit einen großen Teil der Schuld an dem schweren Unheil trägt, das durch den unmöglichen Friedensvertrag von Versailles über die ganze Welt hereingebrochen ist.

Wenn wider Erwarten noch einmal die Katastrophe an uns vorläufig vorübergeht und ein Moratorium bewilligt werden sollte, auf Grund der Vorschläge, die die Reichsregierung den Vertretern der Reparationskommission in Berlin mit auf den Weg gegeben hat, so würde der Dank dafür den Männern der Wirtschaft und der Arbeit gehören, die den Weg dazu freigemacht haben. Der Beschluß der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, Ueberschichten zu verfahren, ermöglicht es allein der Industrie, sich auf die Erfüllung von Privatverträgen festzulegen, durch die volle Lieferung der uns in Spaa und London auferlegten Kohlenmengen gewährleistet wird. Freilich, es liegt hierin wiederum eine neue schwere Belastung nicht nur der Industrie, sondern des gesamten deutschen Wirtschaftslebens. Wir müssen es täglich mit ansehen, daß unsere industriellen Anlagen, unsere Eisenbahnen und Gasanstalten aus Mangel an Kohlen und Koks aufs schwerste in ihrem Betriebe behindert werden, während Frankreich nicht weiß, was es mit deutscher Reparationskohle anfangen soll und sie nicht nur in Holland, Belgien und der Schweiz, sondern sogar in Amerika zur Bekämpfung des Kohlengräberstreiks dort anbietet. Das sind durchaus ungesunde Verhältnisse, die auf die Dauer der Weltwirtschaft nicht von Vorteil sein können. Aber schließlich ist es Sache der anderen Länder, darüber zu entscheiden, ob sie solche Zustände ertragen wollen.

Natürlich sind die Verhandlungen im Namen der deutschen Industrie mit der Reichsregierung nur von ganz wenigen führenden Persönlichkeiten gepflogen worden, und es müssen nun diese ihren Einfluß bei der Gesamtindustrie aufbieten, um deren Zustimmung zu erlangen. Soweit die Kohlenindustrie in Frage kommt, darf man das annehmen. Als Voraussetzung gilt, daß die Kohlengräber an dem Entschluß festhalten, durch erhöhte Arbeitsleistung die Erhöhung der Lieferungsmengen auszugleichen. Bei der Holzindustrie liegen anscheinend die Dinge etwas schwieriger und verwickelter. Aber man darf sich der Hoffnung hingeben, daß auch dort die vorhandenen Schwierigkeiten überwunden werden können. Den führenden Persönlichkeiten, die sich aus rein vaterländischen Beweggründen im Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes für eine solche Lösung in letzter Stunde eingesetzt haben, gebührt der Dank Aller.

* * *

Die Lösung noch unbestimmt.

Berlin, 29. August. Der Optimismus, der heute vielfach in der Presse geäußert wurde, wird seitens der Reichsregierung zunächst durchaus nicht geteilt. Man sieht wohl dort keinen Anlaß zu irgend welchen panischen Befürchtungen und hält insbesondere alle Gerüchte über ein unmittelbar nach der Entscheidung am Mittwoch bevorstehendes gewaltsames Vorgehen Frankreichs sowohl vom politischen wie vom rechtlichen Standpunkte aus für gegenstandslos. Andererseits aber bezeichnet man jeden konkreten Optimismus für verfrüht.

Aehnlich urteilen heute maßgebende Kreise der Großindustrie. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß noch andere, als die offiziellen Unterhandlungen der Reparationskommission auf den Gang der Dinge einwirken. Diese anderen Verhandlungen werden sozusagen „hinter verschlossenen" Türen streng geheim geführt. Es scheint, daß man zum Verständnis dieser Situation bis auf die letzte Londoner Konferenz zurückgehen muß. Auf ihr war die Regelung der interalliierten Schulden, d. h. einerseits der Schulden Frankreichs an England, andererseits derjenigen Englands an Amerika die Kernfrage. Poincaré hat damals soviel bekannt, seine Bereitwilligkeit zur versöhnlichen Lösung des Reparationsproblems für den Fall versprochen, daß in dem englisch-französischen Schuldverhältnis eine greifbare Erleichterung eintrete. Nun weiß man, daß in diesen Tagen zwischen Lloyd George und dem amerikanischen Gouverneur Cox Besprechungen im Gange sind, die allerdings von der Seite des Herrn Cox vorläufig einen völlig nichtamtlichen Charakter tragen. Ueber die Mission des Herrn Cox, die sehr wichtig sein soll, wird strengstes Stillschweigen gewahrt. Endgültiges darüber kann aber erst nach Wochen erzielt werden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Frankreich sich bei der Aussicht auf eine derartige Regelung vorläufig von jedem endgültigen Schritt zurückhält und daß somit ein neues Provisorium geschaffen werden könnte. Mehr als ein solches scheint man aber in keinem Falle zu erwarten.

Eine eindringliche Warnung des englischen Repko-Delegierten.

London, 30. August. Während das Rätselraten der Pariser Blätter darüber weiter geht, was die heutigen Beschlüsse der Repko bringen werden, kennzeichnet Bradbury dem Pariser Korrespondenten der „Times" gegenüber seine Auffassung in längeren Ausführungen dahin, daß das einzige Mittel, irgend etwas von Deutschland zu erhalten, darin besteht, ihm eine Ruhepause zu bewilligen und ihm zur Wiederherstellung seines Kredits keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen. Dagegen wäre es jedenfalls ein sicheres Mittel, nichts zu erhalten, wenn man vorgehen wollte, ohne die beträchtlichen Rückschläge in Betracht zu ziehen, die zweifellos die jetzt drohende Katastrophe nach sich ziehen würde.

Die Lieferungsverträge gesichert.

Berlin, 30. August. In Weiterverfolgung des der Reparationskommission unterbreiteten Planes einer Sicherung der Holz- und Kohlenlieferungen an die Alliierten durch Lieferungsverträge mit den entsprechenden deutschen Industrien hatte heute die Reichsregierung mit den Vertretern des Kohlenbergbaues und der Holzindustrie verhandelt. Die Vertreter des Kohlenbergbaues erklärten sich bereit, alsbald zusammen mit der Reichsregierung in Verhandlungen über den Abschluß privatwirtschaftlicher Lieferungsverträge einzutreten. Als Unterhändler für den Kohlenbergbau wurden die Herren Hugo Stinnes, Peter Klöckner, Dr. Silverberg und Direktor Lübsen benannt. Verhandlungen über die Holzlieferungen sollen sich unmittelbar anschließen. Eine Besprechung mit den maßgebenden Vertretern der Bergarbeiterverbände und mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter ergab gleichfalls die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Arbeiterorganisationen, an der Durchführung der Lieferungsverträge mitzuwirken. Die Reichsregierung hat von diesem Ergebnis der heutigen Besprechung ihren nach Paris zu den Verhandlungen mit der Reparationskommission entsandten Vertreter telegraphisch unterrichtet.

Französische Neigung zu einem Reparationskompromiß.

Paris, 30. August. Obwohl sich die Mitglieder der Reparationskommission zunächst zu strengstem Stillschweigen verpflichtet haben, kann man aus den geistigen Ausführungen des „Temps" eine Bestätigung der optimistischen Stimmung erhalten, daß eine Einigung in der Reparations- und Moratoriumsfrage unter den Alliierten erreicht werde. Der Inhalt einer offiziösen Note läßt darauf schließen, daß Frankreich geneigt wäre, den englischen Plan einer verschärften Kontrolle, anstatt anderer Garantien anzunehmen. Der „Temps" bezeichnet als französisches Interesse jetzt ausschließlich die französischen Ansprüche auf Sachleistungen, in erster Linie Kohle und Holz. Er gibt es auf, wie er dies noch vor einigen Tagen tat, auf der französischen Forderung der Kontrolle der staatlichen Minen und Forsten zu bestehen und überläßt den zweiten Teil des von Deutschland am 12. Juli verlangten Moratoriums, die Einstellung der Zahlungen für 1923 und 1924 anscheinend der Be-